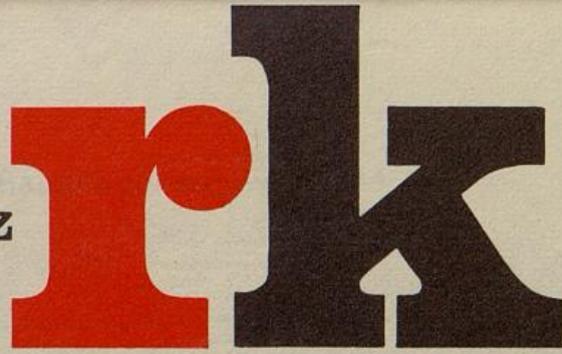


rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Montag, 23. Juni 1980

Blatt 1804

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Wiens neues Freizeitgebiet: Nordteil der Donauinsel
ausgesendet: Mietergespräch in Rudolfsheim-Fünfhaus
(violett) Rundfahrten "Modernes Wien"
 Grundsteinlegung für Ekazent Simmering

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Rechnungsabschluß 1979
(rosa)

Nur
über FS: 20.6. Schüler gegen Straßenbahn gestolpert - verletzt
 21.6. Wieder brannte es bei der DDSG
 22.6. Von schaffnerlosem Zug mitgeschleift - tot
 Kind von Selbstschließer eingeklemmt
 Autobus "10 A" umgeleitet
 Modengeschäft brannte aus
 23.6. Der "Storch" kam in die Wohnung
 Hundertjährige Währingerin
 "Spandauer Roller" im Rathaus

.....
bereits am 20. juni 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

wiens neues freizeitgebiet: nordteil der donauinsel

15 wien, 20.6. (rk) mit der donauinsel besitzt wien ein freizeitangebot, wie es in groesserem umkreis rund um die bundeshauptstadt nicht zu finden ist: das betonte freizeitstadtrat peter s c h i e d e r freitag im rahmen der pressefahrt zur donauinsel.

ebenfalls im lauf der pressefahrt wurde der 500.000. baum auf der donauinsel gepflanzt. die sommerlinde wurde vom leiter der koordinationsstelle donaubereich, dipl.-ing. bruno d o m a n y, unterstuetzt von stadtrat schieder und bezirksvorsteher kurt l a n d s m a n n im nordteil der insel gesetzt.

insgesamt wurde vom forstamt im nordteil der insel bereits eine flaeche von 415.000 quadratmeter und im suedteil von 123.000 quadratmeter aufgeforstet, dazu kommen noch 678.000 quadratmeter lagerwiesen.

die bereits fertiggestellten und in bau befindlichen teile der insel sind insgesamt 2,3 millionen quadratmeter gross: 13,4 kilometer des entlastungsgerinnes sind ebenfalls bereits fertig oder in bau. zu den schwierigsten bauarbeiten gehoerte, wie mitarbeiter der ma 45 berichteten, die unterfangung der Pfeiler von vier bruecken. (hs)

.....
bereits am 22. juni 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

mietergespraech in rudolfsheim-fuenfhaus

1 wien, 22.6. (rk) zu einem mietergespraech, bei dem die mieter der neu besiedelten wohnhausanlage "wohnen morgen" ihre ersten erfahrungen und eindrucke austauschen konnten, lud bezirksvorsteher max e d e r ein, der damit eine initiative von wohnen-stadtrat johann h a t z l aufgriff. anwesend waren auch der architekt der anlage, holzbauer, sowie mitarbeiter der bauabteilungen und der wohnhaeuserverwaltung. architekt holzbauer erlaeuterte zunaechst das konzept der wohnhausanlage. "wohnen morgen" war uspruenglich das motto eines gesamtosterreichischen architektenwettbewerbs, als dessen einziges preisgekroentes projekt die wohnhausanlage im 15. bezirk realisiert wurde. die grundidee besteht darin, die wohnungen durch fussgaengerstrassen vom strassenverkehr moeglichst abzuschirmen und verschiedenartige wohnformen mit reichhaltiger infrastruktur zu bieten.

bezirksvorsteher eder informierte ueber den bezirk sowie ueber kulturelle und soziale einrichtungen der naeheren umgebung. stadtrat hatzl beantwortete fragen zur errichtung der anlage.

die mieter aeusserten sich im allgemeinen positiv und zufrieden ueber ihre neuen wohnungen und ueber ihre wohnumgebung. sie gaben verschiedene anregungen, uebten aber auch kritik an detailfragen. nach den wuenschen der mieter sollen beispielsweise die fussgaengerstrassen abgeschrankt werden, da sich die autofahrer nicht an das fahrverbot halten. auch zur ausgestaltung der gruenanlagen gab es bereits verschiedene konkrete wuensche. (ba)

.....
bereits am 22. juni 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

L o k a l :

=====

rundfahrten "modernes wien":

jeden mittwoch ins internationale zentrum

2 wien, 22.6. (rk) im rahmen der rundfahrten '80 "modernes wien" - heuer stehen fuenf routen zur auswahl - faehrt ein auto-bus jeden mittwoch (ab rathaus, friedrich schmidt-platz, 13 uhr) ins internationale zentrum (uno-city). fahrt-dauer einschliesslich besichtigung: rund drei stunden. preis: 30 s. die teilnehmer an dieser tour verlassen bei "checkpoint 5" mit dem autobus oesterreichisches staatsgebiet. die besichtigung in den imposanten buerotuermen findet auf hoheitsgebiet der vereinten nationen statt.

waehrend der fuehrung wird den teilnehmern eine fuehle von informationen geboten. sie lernen die im internationalen zentrum befindlichen uno-organisationen und deren taetigkeit vor allem durch eine ueberaus eindrucksvolle multi-media-show kennen. zu sehen sind unter anderen einrichtungen einer der grossen sitzungssaele, die plaza vor den buerotuermen, nach dem letzten "technischen schrei" eingerichtete restaurationsbetriebe fuer die uno-angestellten sowie eine ausstellung ueber die arbeit der vereinten nationen. im uno-postamt - es gibt solche aemter nur noch in new york und genf - erhaelt man uno-briefmarken (ungestempelt) und man kann karten und briefe aufgeben.

karten fuer die rundfahrten "modernes wien" sind von montag bis freitag von 8.00 bis 15.00 uhr im rathaus, rundfahrtenbuero, erhaeltlich, im vorverkauf jeweils zwei wochen im voraus.
auskunft: tel. 42 800/ klappe 2950 (durchwahl). (am)

.....
bereits am 22. juni 1980 ueber fernschreiber ausgesendet
.....

k o m m u n a l :

=====

grundsteinlegung fuer ekazent simmering

3 wien, 22.6. (rk) das einkaufs- und veranstaltungszentrum rueckt fuer die simmeringer in greifbare naehe. nachdem bereits der boden fuer die grundmauern ausgehoben wurde, nahmen stadtrat josef v e l e t a und bezirksvorsteher johann p a u l a s in anwesenheit von bautenstadtrat johann h a t z l am freitag die grundsteinlegung vor. bereits im herbst 1981 soll das ekazent fertiggestellt sein.

das neue einkaufs- und veranstaltungszentrum soll die nahversorgung des 11. bezirktes weiter verbessern und den bewohnern neue moeglichkeiten kultureller und gesellschaftlicher aktivitaeten bieten. stadtrat veleta hob vor allem die aufwertung fuer die simmeringer hauptstrasse hervor, die durch den bau des ekazents zu erwarten ist. bei der planung des projektes seien umfangreiche massanalysen erstellt worden. das zentrum mit seinem breiten angebot werde sicherlich - aehnlich wie das donauzentrum im 22. bezirk - zum mittelpunkt von simmering und koenne bestehende einrichtungen sinnvoll ergaenzen.

im zentrum wird unter anderem ein supermarkt, 30 fachgeschaefte und dienstleistungsbetriebe, ein restaurant, ein mehrzweck-veranstaltungssaal fuer 500 personen, zwei weitere vortragssaele und eine gratis-parkgarage zur verfuegung stehen. die kosten werden rund 170 millionen betragen. (ba)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (1)

3 wien, 23.6. (rk) der gemeinderat trat montag unter dem vorsitz von gr. m a y r h o f e r (spoe) zu einer sitzung zusammen. die sitzung begann mit einer fragestunde.

fragestunde

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe), welche konkreten abmachungen zwischen der stadt wien und der firma siemens zur beendigung des auftragsstops getroffen wurden, antwortete stadtrat m a y r (spoe), dass, bei einer rechtskraeftigen strafrechtlichen verurteilung eines bediensteten, die firma siemens alle dienst- und arbeitsrechtlichen konsequenzen ziehen werde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , warum man nicht den ausgang der zivilklage zwischen der firma siemens und einem nachrichtenmagazin abgewartet habe, antwortete mayr, dass die geschaeftsbeziehungen zwischen der stadt wien und der firma siemens so geartet sind, dass man fuer eine entscheidung keinen laengeren zeitraum abwarten koenne. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die vermutung zutreffe, dass man eine strafrechtliche verurteilung in die vereinbarung aufgenommen habe, weil die zivilklage wahrscheinlich zu ungunsten siemens ausgehen werde, antwortete mayr: ''nein''. es galt, vorsorge zu treffen, dass auch die firma siemens konsequenzen ziehe, falls die behauptungen eines wochenmagazins stimmen. darauf war die erklaerung abgestellt.

auf die z w e i t e a n f r a g e von gr. o b l a s s e r (spoe), in welcher weise die stadt wien den export kleiner und mittlerer betriebe in wien foerdert, antwortete stadtrat m a y r , dass die im vorjahr gegrueendete exportfoerderungsgesellschaft zinsenguenstige kredite zu derzeit 6 prozent per anno vergibt. ausserdem umfasst das angebot dieser gesellschaft auch eine sehr umfassende beratung in exportfragen.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wie der bisherige verlauf dieser gesellschaft zu beurteilen ist, antwortete mayr, dass der refinanzierungsrahmen wegen der grossen inanspruchnahme kuerzlich auf 150 millionen schilling aufgestockt werden musste. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wie viele kredite bisher gewaehrt wurden, antwortete stadtrat mayr: 42 kredite mit einem volumen von 82 millionen.

auf die d r i t t e a n f r a g e von gr. p r o c h a s k a (oevp), wie er sich zur absiedlung etlicher arbeitsplaetze des voest-alpine-konzerns von wien in andere bundeslaender stelle, antwortete stadtrat mayr (spoe), dass die hauptverwaltung der voest-alpine zwar um einige arbeitsplaetze verringert werde, dafuer jedoch in tochterfirmen der voest-alpine in wien eine vermehrung eintrete. in summe gebe es daher in wien keine personelle vermindering. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , ob nicht doch im heurigen jahr arbeitsplaetze nach ferlach in kaernten und in die steiermark verlegt werden, antwortete stadtrat mayr, dass er dies nicht selbst zu entscheiden habe. nach auskunft von generaldirektor dr. apfalter sollen diese arbeitsplaetze in wien bleiben. (sei) (forts.)

1031

wiener gemeinderat (2):

fragestunde (forts.)

4 wien, 23.6. (rk) auf die v i e r t e a n f r a g e von gr. h e n g e l m u e l l e r (spoe) nach den reaktionen auf die kulturellen aktivitaeten in den bezirken, antwortete stadtrat dr. z i l k (spoe), dass die aktivitaeten in den bezirken in den letzten jahren betraechtlich zugenommen haben. von den festwochen und dem musikalischen sommer bis zum club der kaffeehausbesitzer gibt es zahlreiche veranstaltungen fuer jeden geschmack. 1978 gab es 524 bezirksveranstaltungen waehrend der festwochen, 1980 ueber 700. der club der kaffeehausbesitzer wird mit einer veranstaltungsreihe in 35 kaffeehaeusern weiter gefuehrt. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ob noch erweiterungen dieser

aktivitaeten zu erwarten sind, sagte dr. zilk, dass im bereich der festwochen und des musikalischen sommers kaum quantitative steigerungen moeglich seien, aber qualitative verbesserungen fuer das kommende jahr ins auge gefasst sind. die zahl der bezirksveranstaltungen soll dagegen noch zunehmen.

auf die f u e n f t e a n f r a g e von gr. maria k u h n (spoe) wie sich der buergerdienst der stadt wien bewaehrt hat, berichtete dr. zilk von der hervorragenden zusammenarbeit des buergerdienstes mit der bevoelkerung und den bezirksvorstehern. die nachfrage nach diesem service sei so gross, dass die arbeitszeit am donnerstag bis 19 uhr verlaengert wurde. bis 30. april 1980 wurden 420 hausbesuche durchgefuehrt. es gab 4.834 kontaktnahmen mit einer laengeren bearbeitungszeit und 106.000 anfragen die kurzfristig erledigt werden konnten. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e ob der buergerdienst in zukunft ausgebaut wuerde, antwortete dr. zilk, dass besonders im 3., 12. und 20. bezirk der bedarf nach einer aussenstelle sehr gross sei.

auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr. v e j t i s e k (spoe), wie das gemeindebau-hoftheater "dario fo" in den wiener bezirken aufgenommen wurde, stellte stadtrat dr. zilk fest, dass bereits 12.300 besucher dieses theaters gezaehlt wurden. dazu kommen noch hunderte zuschauer, die das theater von ihren fenstern aus miterleben. das "dario-fo-theater" entspricht genau der politischen absicht, "vor der haustuere zu agieren". auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der fortsetzung dieses theaters antwortete zilk, dass eine weitere zusammenarbeit mit "dario fo" und mit aehnlichen gruppen geplant ist. (ba)
(forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (3):

fragestunde (forts.)

5 wien, 23.6. (rk) auf die s i e b e n t e a n f r a g e von stadtrat dr. g o l l e r (oevp), warum die ma 17 zu der kritik des kontrollamtes keine stellungnahme abgegeben habe, dass der damalige bereichsleiter dr. wilfling, der kurz vorher noch direktor der odelga war, massiv zu gunsten der auftragsvergabe an die abo (und damit an die odelga) interveniert habe, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe), dass sie das nicht konnte, weil dieser passus im kontrollamtsbericht nicht aufscheint. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob wilfling in seiner eigenschaft als leiter des boltzmann-institutes fuer krankenhaues- oekonomie am akh mitgearbeitet habe, antwortete stacher, dass er darueber nicht informiert sei, da er nicht leiter der boltzmann-gesellschaft sei. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , was dieses boltzmann-institut der stadt wien bisher gekostet habe, antwortete stacher, nichts ausser den raum im 1. stock des karolinenspitals.

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp), in welchen krankenhauesern es moeglich sei, dass eltern bei ihren kindern im spital bleiben koennen, nannte stadtrat univ.-prof. dr. s t a c h e r (spoe) u.a. die kinderlinik im akh, das wilhelminenspital, die chirurgie im elisabethspital, das sophienspital, das preyersche spital, das mautner-spital und glanzing. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , was unternommen werde, um die moeglichkeiten des verbleibens von eltern bei ihren kindern auch auf andere stationen auszudehnen, antwortete stacher, jeder primarius weiss, dass diese moeglichkeit grundsaeztlich anzustreben ist. in manchen faellen ist es allerdings nicht guenstig, wenn die eltern bei ihren kindern bleiben. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , wieviele eltern von der moeglichkeit, bei ihren kindern im spital zu bleiben,

gebrauch machen, antwortete stacher, dass er diese zahlen erst erheben muesse und dann gern bekanntgeben werde.

auf die n e u n t e a n f r a g e von gr. dr. marilies f l e m m i n g (oevp), wievielen entwoehnungswilligen drogen-abhaengigen seit 1979 die aufnahme in das langzeitrehabilitationszentrum in kalksburg wegen platzmangels verweigert werden musste, antwortete stadtrat univ.-prof. er. alois s t a c h e r (spoe), dass entwoehnungswilligen drogenabhaengigen die aufnahme nicht verweigert wird, sondern sie auf eine warteliste gesetzt werden, wobei die therapeutische arbeit sofort beginnt. die fuehrung der wartelisten liegt bei der stiftung "genesungsheim kalksburg". die gemeinde wien war bemueht, die koordination zwischen den diensten der stiftung und den einrichtungen der stadt wien zu verbessern. nach auskunft der stiftung befinden sich derzeit 19 personen auf der warteliste, von denen zwei seit laengerer zeit im ausland sind. drei personen sind gegenwaertig in stationaerer klinischer entzugsbehandlung. ein drittel der verbliebenen personen wird als nur scheinmotiviert bezeichnet. es verbleiben acht personen, die in regelmaessiger vorbehandlung stehen. durch die bevorstehende aufstockung der kapazitaet ist gewaehrleistet, dass in zukunft alle personen ohne wartezeiten, die nicht teil der therapie sind, aufgenommen werden koennen. auf die e r s t e z u s a t z - f r a g e , welche weiteren sozialmedizinischen einrichtungen die stadt wien schaffen werde, verwies stacher auf seinen bericht ueber die psychiatriereform in der letzten gemeinderatssitzung. durch die station in der vorderbruehl wird fuer saemtliche mittel- und langfristige behandlungen vorgesorgt. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob also keine ausweitung geplant sei, antwortete stacher, dies sei nicht richtig und verwies noch einmal auf die psychiatriereform, zu der u.a. psychosoziale stationen, uebergangsheime etc. gehoeren. dabei ist jeweils auch die personalfrage zu beruecksichtigen. (ger) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (4):

fragestunde (forts.)

6 wien, 23.6. (rk) auf die z e h n t e a n f r a g e von gr. a s c h e r l (spoe), welche massnahmen er ergriffen habe, um die gefaehrdung von blinden beim blindeninstitut in der wittelsbachstrasse durch widerrechtlich angebrachte gehsteigauf- und abfahrten zu verhindern, antwortete stadtrat n i t t e l (spoe) wie folgt: die auf- und abfahrten sowie bodenmarkierungen sind im rahmen einer pro wien-aktion fuer einen radweg angebracht worden. die widerrechtlich angebrachten rampen und markierungen wurden von der ma 46 entfernt und anzeige gegen unbekannte taeter erstattet.

auf die e l f t e a n f r a g e von gr. dr. p a w k o w i c z (fpoe), welche massnahmen er gegen die gesundheitsschaedlichen umweltbelastungen am innenring ergreifen wolle, sagte stadtrat s c h i e d e r, das problem innenring werde am 8. juli im rahmen einer enquete behandelt werden. bei dieser enquete werde er auch vorschlaege im sinne des umweltschutzes einbringen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, welche konkreten massnahmen er ergreifen werde, sagte schieder, dies werde sich aus den gespraechen am 8. juli ergeben. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob der einsatz von messgeraeten und die sperre des innenringes bei ueberschreiten der kritischen messwerte moeglich sei, sagte schieder, dies sei technisch moeglich.

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr. f u e r s t (oevp), welche zusaetzlichen moeglichkeiten der information der buerger, den buergerinitiativen und den im gemeinderat vertretenen politischen parteien nach dem verbot der dreieckstaender geboten werden, sagte stadtrat s c h i e d e r, er sei in dieser frage zu gespraechen bereit. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, welche plaetze fuer das ja grundsaeztlich

an keine bewilligung gebundene anbringen von druckwerken zur ver-
fuegung gestellt werden koennten, sagte schieder, hier muessten
die moeglichkeiten geprueft werden. auf die z w e i t e z u -
s a t z f r a g e , bis wann entsprechende vorschlaege vorliegen
wuerden, antwortete schieder, nach einer ueberpruefung der moeglich-
keiten koennten vorschlaege gemacht werden. (gab) (forts.)

1116

wiener gemeinderat (5):

fragestunde (schluss)

7 wien, 23.6. (rk) auf die 13. a n f r a g e von stadtrat
dr. m a u t h e (oevp) nach massnahmen, um den erholungswert der
oeffentlichen parks zu erhoehen, zaehlte stadtrat peter
s c h i e d e r zahlreiche bereits durchgefuehrte und geplante
aktivitaeten auf. dazu gehoeren u.a. abschirmung von spiel- und
ruheplaetzen gegeneinander und gegen den strassenrand, bepflanzungs-
plaene fuer die parks, ueberpruefung der spielgeraete, massnahmen,
um den erlebnisraum zu steigern, pruefung der frage des wassers
sowie der niveauunterschiede in den parks, schaffung von infor-
mationstafeln usw. schieder kuendigte gleichzeitig eine enquete an,
bei der die frage der benutzerwuensche genauer behandelt werden
soll.

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach informa-
tionstafeln bei baeumen verwies schieder auf seine anfragebeant-
wortung, in der er die schaffung derartiger tafeln bereits er-
waehnt hatte.

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e nach dem
anlegen von lehrpfaden in der lobau und im prater erwiderte
schieder, dass ein entsprechender lehrpfad bereits geschaffen
wurde. gemeinsam mit schulen versuche man nun, die beste form
der beschilderung zu finden.

auf die 14. a n f r a g e von gr. k n e i d i n g e r
(spoe) nach der errichtung einer parkanlage bei der brigittakapelle
erwiderte stadtrat s c h i e d e r (spoe), dass die geschaefts-

gruppe planung derzeit an der umwidmung des gebiets arbeite, nach vorliegen der widmung epk jedoch sofort mit den arbeiten an der erweiterung des bestehenden parks begonnen werde.

auf die 15. anfrage von gr. h o f s t e t t e r (spoe) nach dem stand der planungsarbeiten bei der vorortelinie erklarte stadtrat univ.-prof. dipl.-ing. dr. w u r z e r , dass die erarbeitung eines generellen projekts, das der oebb fuer ihren ausbau die von der stadt wien fuer noetig erachteten unterlagen liefern soll, ebenso wie eine staedtebauliche begleituntersuchung ueber die auswirkungen der vorortelinie bis anfang 1981 abgeschlossen sein soll, zwischenergebnisse laegen jetzt bereits vor.

auf die z u s a t z f r a g e nach speziellen massnahmen fuer doebling sagte wurzer, dass mehrere kurzfristige massnahmen - u.a. laermschutzanlagen bei den freistrecken, die neuerrichtung der stationen unter- und oberdoebling und neue haltestellen fuer die strassenbahnlinie '38' und die buslinie '39 a' - ueberprueft werden. (hs) (forts.)

1124

wiener gemeinderat (6)

anfragen und antraege

8 wien, 23.6. (rk) von der fpoe wurden drei und von der oevp acht schriftliche anfragen eingebracht.

folgende antraege wurden von der fpoe gestellt: ein antrag auf durchfuehrung einer volksbefragung im 8. bezirk zur schaffung einer erholungsflaeche auf dem areal des ehemaligen blindeninstituts, ein antrag auf durchfuehrung einer volksbefragung im 14. und 16. bezirk ueber die kuenftige nutzung der steinhof-gruende.

die oevp brachte folgende antraege ein: antrag betreffend die wiener naturdenkmaeler, antrag zur fuehrung der buslinie '40 a' zur u-bahn, antrag zur nutzung oeffentlicher gruenflaechen, antrag betreffend das naturschutzgebiet lobau, antrag auf schaffung eines radwegenetzes, antrag auf verwirklichung eines radwegs zwischen stadtpark und prater-hauptallee, antrag ueber die weitere fueh-

rung der zweierlinie durch den 3. bezirk, antrag zur schaffung von gruen- und spielstrassen, antrag zur erhaltung und schliessung des wald- und wiesenguertels, antrag zur wiedereinfuehrung der buslinie '63 a' zwischen schoenbrunn und oper, antrag auf einsetzung einer projektgruppe fuer das neue akh, antrag auf schaffung eines gruenlandfonds zur errichtung und ausgestaltung von gruenflaechen im dichtverbauten stadtgebiet, antrag auf zeitliche ausdehnung und verwaltungsmaessige vereinfachung fuer schueler- und studentenkarten, antrag betreffend baumpflanzungen und richtige baumpflege, antrag betreffend den oeffentlichen verkehr in den einzugsgebieten der strassenbahnlilien '132' und '331'. alle antraege wurden zugewiesen.

neuer fpoe-gemeinderat

zu beginn der sitzung wurde als neuer gemeinderat friedrich k u c h a r (fpoe) angelobt. er ist der nachfolger von gemeinderat dkfm. holger b a u e r , der sein mandat zurueckgelegt hat und in den nationalrat wechselte. (hs) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (7)

rechnungsabschluss 1979

10 wien, 23.6. (rk) ueber den rechnungsabschluss 1979 der bundeshauptstadt wien, der mit ausgaben von 52,4 milliarden und mit einnahmen von 51,3 milliarden (abgang von 1,1 milliarden) schloss, referierte finanzstadtrat m a y r (spoe).

mayr betonte, eine sachliche analyse der finanziellen situation der stadt wien ergibt, dass die kreditfaehigkeit und bonitaet wiens auch in den naechsten jahren ausser zweifel stehen. zu diesem ergebnis kommt auch der rechnungshof, der feststellte, dass der schuldenstand der stadt wien vor allem im vergleich mit den anderen landeshauptstaedten nicht unguenstig ist. waehrend wien 1976 eine kopfquote der verschuldung von 4.803 schilling aufwies, waren es in graz 5.787 schilling, in linz 2.570 schilling in salzburg 6.630 schilling, in innsbruck 15.303 schilling und in klagenfurt 11.811 schilling.

es steht jedoch auch ausser zweifel, dass wien - wie andere gebietskoerperschaften - in den letzten jahren staerker als vorher zur fremdfinanzierung greifen musste. im jahr 1979 stieg der schuldenstand der stadt wien einschliesslich der wiener stadtwerke von 25,2 milliarden ende 1978 um rund 3,1 milliarden auf 28,3 milliarden ende 1979. der schuldendienst 1979 betrug 3,6 milliarden. fuer die zukunft ist zu erwarten, dass der schuldenstand der stadtwerke am gesamtschuldenstand zurueckgehen und der anteil der hoheitsverwaltung steigen wird. eine ursache fuer diese veraenderung ist die im vorjahr getroffene entscheidung des wiener gemeinderates ueber die entschuldung der verkehrsbetriebe. von den schulden in der hoehe von 28,3 milliarden entfallen 15 milliarden auf die wiener stadtwerke. mit diesen geldern werden rentierliche investitionen durchgefuehrt, die ueber die tarife gedeckt werden und die die hoheitsverwaltung nicht belasten. aehnliches gilt fuer die schulden, die fuer den wohnhausbau und fuer den wasserwirtschaftsfonds aufgenommen wurden. es verbleiben somit 6,7 milliarden, die die hoheitsverwaltung echt belasten.

obwohl der schuldenstand derzeit nicht bedrohlich ist, wird man die fremdmittelaufnahmen langfristig auf einen niedrigeren pegel stabilisieren muessen. um dies zu erreichen, sind massnahmen auf der einnahmen- und ausgabenseite zu setzen. stadtrat mayr erinnerte in diesem zusammenhang an die budgetrede 1980, in der er auf die finanzielle benachteiligung der ballungszentren insbesondere wiens auf grund derzeitiger gesetzlicher regelungen hingewiesen hat. an neuen massnahmen schlug mayr vor:

- o eine aenderung der wiener haushaltsordnung, nach der vor beschluss einer investition nicht nur detaillierte angaben ueber die investitionskosten, sondern auch ueber die folgekosten der investition gegeben werden soll.
- o die handhabung des preisregelungsgesetzes im sinne eines bundes-einheitlichen strompreises
- o die "verlaenderung der wohnbaufoerderung".

stadtrat mayr kuendigte an, dass die aenderung der wiener haushaltsordnung bald erfolgen wird, da die vorarbeiten dazu bereits sehr weit gediehen sind. in zukunft soll darueber informiert werden, wie sich eine investition auf den dienstpostenplan auswirkt und um wieviel sich die personalkosten erhoehen werden, weiter ueber das mehrerfordernis fuer den laufenden sachaufwand, fuer die instandhaltung und fuer notwendigen ergaenzenden einrichtungen. ebenso soll angegeben werden, ob einnahmen zu erwarten sind und wie hoch diese sein werden.

zu seinem vorschlag, einen volkswirtschaftlich gerechtfertigten bundeseinheitlichen strompreis festzusetzen, erklarte stadtrat mayr, dass dieser preis im durchschnitt einen zuschlag von zum beispiel 10 groschen pro kilowattstunde beinhalten sollte. der mehrerloes sollte fuer energiesparende investitionen zweckgebunden werden. man koennte damit die abwaerme der e-werke besser nuetzen und auch massnahmen setzen, die den verkehr von der strasse auf die schiene bringen. als beispiel fuehrte mayr die kraft-waermekupplung im kraftwerk simmering an, die mit investitionen von rund 600 millionen fuer den ausbau des wiener fernwaermenetzes ihre auslastung von 25 prozent auf 55 prozent erhoehen koennte.

zur verlaenderung der wohnbaufoerderung erklarte mayr, dass dieser vorschlag dem gemeinsam beschlossenen forderungsprogramm aller bundeslaender aus dem jahre 1976 entspricht. das bundesland wien war immer bereit, fuer mehr rechte auch ein mehr an politischer verantwortung zu tragen und es wuerde auch in diesem fall die verantwortung uebernehmen. natuerlich muesste man zuordnungsprobleme loesen, da einige grosse betriebe in wien ihre zentrale verrechnung haben und bei einer verlaenderung natuerlich der bedienstete seinem taetsaechlichen arbeits- und wohnort zugezaehlt werden muesste.

finanzstadtrat mayr schraenkte ein, dass die angestellten ueberlegungen nur dann zutreffend sind, wenn es gelingt, die wirtschaftliche entwicklung weiterhin in so gute bahnen zu lenken wie bisher. wien muss daher weiterhin eine dynamische, expansive wirtschaftspolitik verfolgen. es geht um die zukunftsraechtige anwendung einer sanften technologie und nicht um einen rueckfall in die vorindustrielle zeit. der anteil der wiener industrie an der gesamtosterreichs ist in den letzten 25 jahren um rund ein drittel gesunken. das projekt von general motors, aber auch das video-recorderwerk von philips und die dafuer gewaehrten oeffentlichen foerderungen sollten doch im lichte dieser entwicklung beurteilt werden. das projekt von general motors schafft 2.400 zusaetzliche industriearbeitsplaetze, das werk von philips rund 600, wobei im falle philips mehr als 2.000 bestehende arbeitsplaetze gesichert werden, die ohne durchfuehrung der investitionen in wien womoeglich gefaehrdet gewesen waeren. die positiven auswirkungen solcher projekte auf die zulieferbetriebe sind bekannt.

abschliessend erklarte mayr, dass im jahr 1979 so wesentliche entscheidungen getroffen worden sind, wie sie sonst vielleicht im laufe eines jahrzehnts fallen. der staatsvertrag mit dem bund ueber die finanzierung der 'u 3' und der 'u 6' und den ausbau der vorortelinie und der flughafenstrecke zu schnellbahnlilien, sichert den ausbau der oeffentlichen verkehrsmittel in wien zu wesentlich guenstigeren finanziellen bedingungen als bisher. mit dem beschluss ueber die entschuldung der verkehrsbetriebe stehen die

wiener stadtwerte wirtschaftlich auf eigenen beinen, weil sie nicht mehr fuer den bisherigen verlustbringer, die verkehrsbetriebe, selbst aufkommen muessen. im jahr 1979 wurde der bau von 8.149 neuen wohnungen in wien durch die wohnbaufoerderung initiiert, das waren mehr, als man sich vorgenommen hatte. fuer den schwerpunktbereich "gesundheit und soziales" wurden 10.515 millionen ausgegeben. eine kuerzlich fertiggestellte untersuchung ergab, dass die wienerinnen und wiener mit der mediznischen betreuung in den spitaelern in einem hohen ausmass zufrieden sind. mit den enormen betraegen wird eine fuer die bevoelkerung zufriedenstellende leistung erbracht.

und schliesslich gelang es 1979, die wiener arbeitslosenrate mit 1,5 prozent um ein viertel unter dem oesterreichischen durchschnitt zu halten. es gab keine jugendarbeitslosigkeit und keine generellen schwierigkeiten bei der unterbringung der lehrlinge.

(sei) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (8):

schwerpunkt wirtschaft

13 wien, 23.6. (rk) gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) nahm zunaechst zum aktuellen stand der akh-untersuchungen stellung. nach der androhung von harten konsequenzen sei nun fuer die firma siemens die beendigung der auftragsstops vereinbart worden. da sich immer mehr herausstellte, dass tatsaechlich schmiergelder gezahlt wurden, sei von einer schadenersatzklage keine rede mehr. lediglich den firmenangehoerigen drohen strafrechtliche verurteilungen, wobei in der praxis eine verurteilung aus mangel an beweisen nur schwer zustande kommt. die angekuendigten konsequenzen aehneln einem 'geplaenkel mit platzpatronen', oder einem rueckzugsgefecht. die hauptsorge der anwaelte sei darauf ausgerichtet, halbwegs das gesicht zu wahren. man habe den eindruck, dass es bei der befohlenen klagefuehrung mehr darum gegangen sei, eine zeitung unter druck zu setzen, als einen betrag zur sachaufklaerung zu leisten, sagte hirnschall. durch einen fpoe-beschlussantrag sollen derartige formen der korrupcion im einflussbereich der stadt wien verhindert werden. gr. hirnschall beantragte, dass zur sicherung einer korrekten vergabe und zur durchfuehrung von auftraegen bereits der versuch einer schmiergeldzahlung mit einer auftragssperre zu ahnden sei. die bediensteten der stadt wien sollen verpflichtet werden, jeden derartigen versuch zu melden. darueber hinaus sollen poenalverpflichtungen in die vertraege aufgenommen werden, die bei schmiergeldzahlungen zur anwendung gelangen. auch an den vergabekriterien der abo uebte gr. hirnschall kritik und bezweifelte ihre fachliche qualifikation. der wiener gemeinderat soll ausserdem ueber die beratungsvertraege, die die firma odelga unter dr. wilfling der voest angeboten hat, sowie ueber die sogenannte 'sparbuch-affaere' aufgeklaert werden.

am rechnungsabschluss kritisierte dr. hirnschall vor allem das steigen des schuldenstandes der stadt wien um 3,1 milliarden auf 28,3 milliarden. der schuldenstand habe fast 60 prozent eines

jahresbudgets erreicht. gleichzeitig gibt es einen neuen rekord-tiefstand bei den investitionen. als besonders beunruhigend muesse diese entwicklung in einem jahr mit guentiger konjunkturlage angesehen werden. gr. hirnschall regte ausserdem an, die foerderungsrichtlinien fuer den garagenbau neu zu ueberdenken und in spielautomaten zaehlwerke einzubauten, um sie hoeher besteuern zu koennen. die fpoe wird dem rechnungsabschluss nicht zustimmen, sagte gr. hirnschall.

zum debattenbeitrag von gr. hirnschall meldete sich stadtrat m a y r (spoe) zu einer feststellung. die von der stadt wien gesetzten massnahmen sollen weder zeitungen unter druck setzen, noch firmen schaedigen, sondern nur dem zweck dienen, die wahrheit zu erfahren. aus reinen vermutungen koenne man keine konsequenzen ziehen. (ba) (forts)

1344

wiener gemeinderat (9):

schwerpunkt wirtschaft (forts.)

14 wien, 23.6. (rk) zum akh erklarte gr. dkfm. dr. w o e b e r (oevp), dass die oevp schon im maerz die abberufung des vorstandes und von mitgliedern des aufsichtsrates sowie eine begleitende kontrolle verlangt habe. der rechnungsabschluss 1979 zeige eine reihe von gravierenden problemen. dazu gehoert das permanente defizit, das heuer viermal so hoch ist wie ausgewiesen (4 milliarden statt 1 milliarde). der schuldenzuwachs erfolgt viermal so schnell wie das wachstum der einnahmen. wir naehern uns mit rasanter geschwindigkeit der maximalen verschuldensgrenze. in der vergangenheit wurden viel zu teure grossprojekte auf einmal begonnen. die investitionen sind weiter zurueckgefallen. die ausgaben fuer bau und baueingewerbe gingen zurueck.

der rechnungsabschluss zeigt eine steigende ueberproportionale tendenz zur verschuldung. um dem gemeinderat einen ueberblick ueber diese problematik zu geben, stellte woerber die a n f r a g e , mit welchen schuldenstaenden in den kommenden jahren unter annahme

verschiedener varianten zu rechnen sei, welche budgetaeren massnahmen geplant sind, wenn der derzeit noch ungedeckte abgang laut finanz- und investitionsplan 1980 - 1984 nicht gedeckt werden kann, welche einsparungsmoeglichkeiten gesehen werden und ob beabsichtigt sei, investitionsvorhaben zurueckzustellen.

die einnahmen aus dem finanzausgleich sind eine immer weniger tragfaehige saeule der finanzpolitik, sagte woerber. die abnehmende bevoelkerungszahl bedeutet auch einen verlust an wirtschaftskraft. wien muesste kinderfreundlicher werden.

in der entwicklung der wirtschaftsprosperitaet gibt es ein bedenkliches west-ost-gefaelle. in diesem zusammenhang spielt die wirtschaftspolitik der stadt wien eine grosse rolle. wegen des hier herrschenden klimas (zum beispiel u-bahn-steuer, verkehrs-, grundstuecksprobleme) sind betriebe angewandert. der rechnungshofbericht bestaetigt in vielem die anregungen und die kritik der oevp. dazu gehoeren eine bessere liquiditaetsplanung, die frage der budgetwahrheit und -genauigkeit und die problematik der folgekosten. die von stadtrat mayr aus dem rechnungshofbericht zitierte pro kopf-verschuldung von 4.800 schilling sei eine historische zahl aus den siebziger jahren. heute belaufe sich die pro kopf-verschuldung auf 17.700 schilling. (ber) (forts.)

1348

wiener gemeinderat (10):

schwerpunkt wirtschaft (forts.)

15 wien, 23.6. (rk) gr. w i e s i n g e r (spoe) sagte, der rechnungsabschluss gebe der spoe, die seit 1973 in wien die alleinverantwortung traegt, jedes jahr die gelegenheit, ihre eigene politik zu ueberpruefen. die staendige kritik der opposition werde auch durch die bevoelkerung widerlegt, die den sozialisten immer wieder das vertrauen geschenkt hat. stegers aufruf an die sozialisten zu ehrlicher politik sei ebenso unsachlich wie die politik eines "mehr gruen fuer wien". die spoe hat schon immer ehrliche

./.

politik gemacht, sagte wiesinger, und alle programme der sozialdemokratie sind seit dem beginn dieser bewegung im zeichen der lebensqualitaet gestanden.

wiesinger betonte, dass es auch im vergangenen jahr gelungen ist, die vollbeschaefftigung in wien aufrecht zu erhalten. allein 12,2 milliarden s wurden an auftraegen an das bau- und bauneben-gewerbe vergeben.

fuer die zukuenftige finanzielle gebarung wiens werde es allerdings noetig sein, verhandlungen ueber den finanzausgleich und ueber die finanzielle besserstellung der ballungsraeume zu fuehren, sagte wiesinger. im vergleich zu anderen staedten sei der schuldenstand wiens jedoch durchaus nicht unguenstig.

eine genaue ueberlegung der folgekosten bei allen neuen projekten und eine ausgewogene mittelfristige finanzplanung nannte wiesinger als instrumente der budgetpolitik der kommenden jahre. die sozialisten seien bereit fuer die achtzigerjahre und sie wuerden sich auch in zukunft bemuehen, wien noch schoener und wohnlicher zu gestalten. (gab) (forts.)

1358

wiener gemeinderat (11):

schwerpunkt wirtschaft (forts.)

16 wien, 23.6. (rk) bei der wohnbaufoerderung wurden zwar 1979 mit 3,3 milliarden s foerderungsmittel um 100 millionen mehr als 1978 ausgegeben, dennoch konnten 472 millionen einer ruecklage zugefuehrt werden. diese ausgabenverminderung habe nicht nur den bau vieler wohnungen verhindert, sondern sich auch nachteilig fuer die bauwirtschaft ausgewirkt, kritisierte gemeinderat h a h n (oevp). die situation auf dem wohnbausektor verschlechterte sich jedoch weiter so wurden heuer von 2,5 milliarden erst 136 millionen foerderung zugesichert.

hahn kritisierte weiter, dass durch kreditzinserhoehungen hunderttausende wohnungen um 3,50 bis 4,50 schilling pro quadratmeter und monat teurer werden und machte die sozialistische wohnbau-

politik dafuer verantwortlich. es habe auf bundesebene zwar sechs gesetzesnovellen auf diesem gebiet gegeben, die neue belastungen brachten, zuschuesse des bundes seien jedoch vollkommen ausgeblieben.

hahn schlug neuerlich vor, einen stadterneuerungsfonds zu schaffen, und kuendigte namens seiner fraktion einen gesetzesantrag zur wohnstarthilfe im landtag an. dieser antrag solle zinszuschuesse fuer darlehen zur beschaffung von altbauwohnungen oder zum erwerb von bereits zum 2. mal vergebenen genossenschaftswohnungen ermoeglichen.

bei der stadterneuerung sei auch eine gute gruen- und familienpolitik noetig, um den wunsch vieler wiener, auf dem land zu leben, und den bevoelkerungsrueckgang einzuschraenken, meinte hahn weiter, und sprach sich gegen die steinhof-verbauung aus. bei der holding begruesste der redner zwar grundsaeztlich die erfolge - in der jahresbilanz 79 wurden 42 millionen gewinn ausgewiesen - kritisierte jedoch, dass der aus der kapitalaufstockung stammende zinsverdienst von 55 millionen nicht aufscheine. es sei zu begruessen, dass einzelne unternehmen nicht nur finanzielle erfolge erzielt haben, sondern auch zur arbeitsplatzsicherung beigetragen haben. die stadterneuerungsgesellschaft dagegen sei tief in die roten zahlen gerutscht und bringe damit auch einen ideellen schaden.

hahn kritisierte weiter, dass die heizbetriebe zwar fuer bereiche rechts der donau bereits abwaerme von e-werk-simmering fuer die fernwaermeversorgung nutzten, links der donau fernwaerme jedoch ausschliesslich aus oel erzeugt werden, statt eine entsprechende leitung von e-werk simmering zu legen. (hs) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (12):

schwerpunkt wirtschaft (forts.)

19 wien, 23.6. (rk) wir wollen die lebensqualitaet nicht nur fuer wenige sichern, sondern fuer alle steigern, erklarte gr. e d l i n g e r (spoe). das ist nur in einem kollektiven, nicht in einem individuellen prozess moeglich. die oevp setzt dagegen hemmungslos auf partikulare interessen, "verkrallt" sich in detailprobleme und redet "kleingruppen" nach dem munde. die spoe haelt - gestuetzt auf ein programm - am primat der einheitlichkeit der politik fest und ist nicht bereit, allen alles oder einigen vieles zu versprechen. man muss alle berechtigten interessen abwaegen und einen optimalen kompromiss widerstreitender interessen zustande bringen.

die oevp, die derzeit moeglichst vielen einzelinteressen nachgeht, um politisch zu "punkten", kann aus diesem grund ihre standpunkte auch nicht konsequent vertreten. es ist fuer sie schwierig, eine grundsaeztliche politische haltung zu entwickeln.

projekte der stadtverwaltung werden abgelehnt, bereits vor der durchfuehrung wird mit verdaechtigungen gearbeitet, waehrend der bauzeit wird skandalisiert - nur vor eroeffnung schwenkt man ein und ist auf einmal auch dafuer. das war bei der uno-city der fall, bei der donauinsel, beim kurpark oberlaa und bei der u-bahn.

die oevp ist zwar fuer die direkte demokratie, sie ist jedoch nicht bereit, die ergebnisse wie im fall der dreiecksstaender anzuerkennen. sie spricht sich fuer den wohnbau aus, will jedoch nicht im stadttinneren bauen, weil dort gruenflaechen hin gehoeren. die oevp ist aber auch gegen ein bauen am stadtrand, weil dort die menschen angeblich "wahnsinnig" werden. man kann auch dort nicht bauen, wo das gruen vorhanden ist, wie im fall der steinhofgruende. der oevp fehlt, wie aus den beispielen ersichtlich wird, ein grundsaeztliches politisches programm, aus der sie eine konsequente politische haltung entwickeln koennte.

der oevp geht es jedoch nicht um die durchsetzung der vielen einzelnen interessen, sie will auf diesem wege wieder zur macht in oesterreich kommen. sie unterstuetzt jetzt alle buergerinitiati-ven, die gegen die oeffentliche hand gerichtet sind - initiativen gegen projekte der wirtschaft klammert man ja aus - um spaeter wieder eine konservative politik in oesterreich betreiben zu koennen.

was man wirklich von der oevp halten kann, zeigt sich bei ihrer ablehnung des neuen mietrechts: hier legt sich die oevp im interesse einer rendite der hausherren quer. (sei) (forts.)

1520

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (13):

schwerpunkt wirtschaft (schluss)

20 wien, 23.6. (rk) obwohl im management der wiener holding einige erfolge erzielt werden konnten, sind die ertraege aus den beteiligungen neuerlich ruecklaeufig, stellte gr. dkfm. dr. maria s c h a u m a y e r (oevp) fest. mit der wibag, der med-consult und dem delta reisebuero sind drei neue problembereiche entstanden. bei der wibag wurde der geschaeftsfuehrer abgesetzt, und der umsatz ging um 20 prozent zurueck. ein neues unternehmens-konzept waere dringend erforderlich. die med-consult erregte bereits im zusammenhang mit dem akh unliebsame aufmerksamkeit. ihre bis-herige taetigkeit habe vorwiegend in der aufteilung der abo-auftraege bestanden. bei der neuen "tochter", dem delta-reisebuero und dem wiener verkehrsverein sind dem geschaeftsfuehrer vom kontroll-amt bereits grobe eigenmaechtigkeiten vorgehalten worden. der ver-lust der delta-airtours betrage beispielsweise ueber eine million. die drei bereiche zeigen, dass eine begleitende kontrolle auch bei neugruendungen noch nicht perfekt sei.

./.

ueber die wiener holding als bedeutenden faktor im wiener wirtschaftsleben sprach gr. s a l l a b e r g e r . im jahr 1979 hat die wiener holding zwei milliarden an investitionen ausgegeben, was etwa allen foerderungsansuchen von klein- und mittelbetrieben zusammen entspricht. die zeitgemaesse fuehrung der unternehmungen sowie die rasche entscheidung des eigentuemers garantieren die erstellung von wirtschaftlich optimalen konzepten. zahlreiche kontrollinstanzen ermoeglichen eine wirksame kontrolle, gestalten jedoch manchesmal die fuehrung der unternehmungen schwierig gr. sallaberger bedauerte, dass durch die begleitenden kontrolle geschaeftsinterne gebaren in den medien wiedergegeben werden und der konkurrenz zeigen, wie die gemeinwirtschaftlichen unternehmen kalkulieren.

die 33 "toechter" erfuellen nicht nur wirtschaftliche aufgaben, sondern nehmen auch soziale interessen der stadt wahr. allerdings gaebe es massive interessen von privater seite, um die foerderungen fuer unternehmen der stadt wien zu schmaelern. als besonders erfolgreiche "tochter" fuehrte gr. sallaberger den kurbetrieb ober laa an, der in sieben jahren die investition auf dem badebetriebssektor so weit wieder hereinbrachte, dass an einen weiteren ausbau gedacht werden kann. von der wiener fertigungsges.m.b.h. wurde kuerzlich die 22.000 wohnung errichtet.

(ba) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (14):

schwerpunkt familie, gesundheit

21 wien, 23.6. (rk) die einstellung der spitalsverwaltung (ma 17) zum akh sei raetselhaft, sagte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) als erster debattenredner zum schwerpunkt familie, gesundheit und soziales. es besteht der eindruck, dass sie diesem projekt fremd gegenuebersteht. auch jetzt geht sie erst aufgrund einer weisung, nicht aus eigenem engagement ins planungsdirektorium. offen bleibt, ob diese abstinenz auf unvermoegen, ablehnung oder verantwortungsscheu beruhte. es ist jedenfalls nie zu einer produktiven zusammenarbeit mit den akh-planern gekommen. diese linie ist bis zum beginn der planungen fuer das neue akh im jahr 1957 zurueckzuverfolgen. die ma 17 war nicht bereit, ihr wissen, ihre erfahrung und die notwendigen zielvorstellungen in die planungsarbeit einzubringen. sie erwartete offenbar, das neue spital eines tages wie ein fertigteilhaus uebernehmen zu koennen. nicht einmal die betriebsdaten ueber das alte akh konnte die ma 17 zur verfuegung stellen. die spitalsverwaltung ist fuer das planungschaos und die mehrkosten beim neuen akh voll mitverantwortlich.

hirnschall erklaerte, dass wilfling als bereichsleiter massiven druck zugunsten der abo ausgeuebt habe, wobei er das argument der planungsphilosophie gebraucht habe.

es stellt sich die frage, wie die arbeit der ma 17 im neuen planungsdirektorium aussehen werde. bisher wurde ja erklaert, es gebe nicht genug qualifiziertes personal. was wird sich an der bisherigen passivitaet aendern?

die verpflegung stellt in manchen anstalten ein problem dar. er habe schon anlaesslich der letzten budgetdebatte darauf hingewiesen, sagte hirnschall. nun werde dies durch eine patientenumfrage bestaetigt. ein problem sei auch der zustand und die erreichbarkeit der toiletteanlagen. aus der patientenbefragung gehe ein grosses beduerfnis nach gruenanlagen hervor.

erfreulich ist die zufriedenheit mit der medizinischen be-
treuung in den spitaelern selbst. es waere interessant, wie die
bevoelkerung die medizinische versorgung ausserhalb der spitaeler
beurteilt. (ger) (forts.)

1528

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (15):

schwerpunkt familie, gesundheit (forts.)

22 wien, 23.6. (rk) gr. k u b i e n a (oevp) bemaengelte, dass fuer das rechnungsjahr 1979 der personalaufwand im gesundheitswesen um 67,2 millionen s unterschritten worden ist. hier werde am falschen ort gespart. die personalunterstaende seien fuer verschiedene misstaende in den wiener spitaelern verantwortlich, sagte kubiena. eine einstellung von personal sei noetig, auch um besser auf die wuensche der patienten eingehen zu koennen.

zum drogenproblem sagte kubiena, versuche, wie die ersatzdrogentherapie seien zur loesung dieses problems ungeeignet. die oevp habe hier ein modell entwickelt, das bei kosten von etwa 10 millionen jaehrlich eine effiziente arbeit gewaehrleiste.

als signifikant bezeichnete kubiena, dass im rechnungsabschluss 1979 nur 12 worte an das akh verloren werden. dies zeige, dass die politiker die verantwortung fuer dieses projekt an die akpe abgewaelzt habe. die verantwortlichen politiker seien in vier jahren nur dreimal zusammengetreten. auftraege seien gegen alle vergaberichtlinien von der akpe an unqualifizierte unternehmen und von diesen wieder an subunternehmen vergeben worden. schmiergelder und freunderlwirtschaft seien vergabekriterien gewesen. die oevp sei fuer die abberufung des gesamten direktoriums, sagte kubiena, aber vielleicht wolle man bei der spoe fuer zukuenftige suendenboecke sorgen.

gesundheitsstadtrat stacher wurde von kubiena vorgeworfen, sich aus der akh-ffaere heraushalten zu wollen. "auch ein monster kann man lieben" sagte kubiena, und stacher werde das akh lieben muessen. es sollte aufgabe der ma 17 sein, die planung der betriebsorganisation zu erstellen - in anderen grosspitaelern, wie in grosshadern bei muenchen und im grossklinikum aachen sei schon waehrend des baus der verwaltungsdirektor des spitals eingesetzt worden. warum wolle man in wien nicht vom ausland, aber auch aus den eigenen fehlern lernen? das akh sei in bezug auf den absoluten preis, auf den preis pro bett und auf die bauzeit absolute spitze, schloss kubiena. es sollte nun endlich nach prinzipien der sparsamkeit, zweckmaessigkeit und wirtschaftlichkeit fertiggebaut werden. (gab.) (forts.)

k o m m u n a l :

=====

wiener gemeinderat (16):

schwerpunkt familie, gesundheit (forts.)

23 wien, 23.6. (rk) die taetigkeit des jugendamts und den wiener familienbericht behandelte gr. hildegard w o n d r a t s c h (spoe) in ihrem beitrage. zu den wesentlichen schwerpunkten der arbeit im familienbereich zaehlte die rednerin die beratung bei der familienplanung, die ehe- und familienberatung und die verstaerkte hilfe fuer familien in schwieriger lage.

zehn neue kindertagesheime und mehr als tausend plaetze wurden 1979 neu geschaffen, erklarte wondratsch weiter. ab herbst 1980 werden allen wiener kindern im alter zwischen 3 und 5 jahren kindergartenplaetze zur verfuegung stehen. zusaetzlich wurde die aktion tagesmuetter ausgeweitet.

auch die serviceangebote des jugendamts werden verstaerkt angenommen, meinte die rednerin. daher wurde zum beispiel mit dem bau des fuenften instituts fuer erziehungshilfe begonnen. die sozialpaedagogischen beratungsstellen werden heuer um zwei stellen vermehrt, 1981 werde in simmering die fuenfte derartige einrichtung entstehen. diese stellen dienen wie auch das "komm" im 17. bezirk als kriseninterventionszentren fuer kinder. alle diese serviceangebote sollen gefaehrdete jugendliche vor dem sozialen absturz bewahren und ihre integration in die gemeinschaft ermoeglichen, betonte die rednerin.

man muesse staerker ueberlegen, wie die oeffentliche hand die familie in ihrer funktion staerken und selbstaendig machen koenne, forderte gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp), die auch die geringe familienfreundlichkeit bei der benuetzung oeffentlicher verkehrsmittel kritisierte.

da, wie hampel-fuchs betonte, zahlreiche kleinkinderspielplaetze ungenuegend gegen hunde geschuetzt seien, stellte die rednerin im namen ihrer fraktion den a n t r a g , fuer muetter mit kindern bis zum alter von drei jahren in oeffentlichen parks

bereiche einzurichten, in denen die muetter und ihre kinder von anderen benuetzern nicht gestoert beziehungsweise von hunden nicht belaestigt werden.

weiter kritisierte die rednerin den mangel an gruen- und spiel-
flaechen in innerstaedtischen bezirken und forderte sichere rad-
fahrmoeglichkeiten durch wien.

abschliessend hob die gemeinderaetin zum thema kindergarten-
wesen einige beispiele aus dem kontrollamtsbericht hervor, aus denen,
wie sie meinte, mangelnde vorkehrungen fuer die sicherheit der
kinder in kindergaerten zu erkennen seien. (hs)

auf die positive bedeutung der jugendzentren, der volks-
hochschulen, haeuser der begegnung und der buechereien fuer die
jugendbetreuung und erwachsenenbildung ging gr. m r k v i c k a
(spoe) ein. wien besitzt ein flaechendeckendes netz dieser frei-
zeit- und bildungseinrichtungen, das immer staerker in anspruch
genommen wird. die volkshochschulen bieten ein ganztagsprogramm
an, die zahl der wochenendkurse nimmt zu. in den staedtischen
buechereien wurden um 8,5 prozent mehr buecher entlehnt, als ein
jahr zuvor. es ist also waerlich kein grund fuer kulturpessimismus
gegeben.

fuer die lehrlingsausbildung forderte mrkvicka einen hoeheren
anteil der berufsschulen an der ausbildungszeit, mehr berufsbezogene
allgemeinbildung und mehr leibesuebung fuer lehrlinge. (Sei)

verschiedene verbesserungen im sozialen und gesundheitlichen
bereich fuer aeltere und gebrechliche menschen schlug gr. gertrude
h a e r t e l (oevp) vor. beispielsweise sollte im rahmen des
sozialpasses die einkommensgrenze fuer fahrpreisermaessigungen
angehoben werden. weitere verbesserungen waere die errichtung
eines seniorenzentrums nach schweizer vorbild sowie ein schicht-
wechseldienst bei der heimhilfe. auch zur nachbarschaftshilfe sollten
die menschen staerker motiviert und informiert werden. gr. gertrude
haertel kritisierte, dass zwei haeuser in der adalbert stifter-
strasse leer stehen und von obdachlosen, die die bevoelkerung be-
laestigen, in beschlag genommen wurden. immer oefter werden auch

fahrgaeste in oeffentlichen verkehrsmitteln von jugendlichen randalierern belaestigt. die oevp-gemeinderaetin schlug vor, dass polizeibeame durch praemien veranlasst werden sollten, auf ihrer fahrt von und zum dienst, uniform zu tragen. der verein volkshilfe fuehrt in zusammenarbeit mit der magistratsabteilung 12 gebrechensdienste durch. die durchschnittlichen kosten fuer eine reparatur betragen 1.030 schilling, ein betrag, der auch vom kontrollamt als ueberhoeht kritisiert wurde. ausserdem werden 44 prozent des betrages nicht detailliert angegeben. die hohe inanspruchnahme des buergerdienstes rechtfertige den oevp-antrag, die fuersorgeraete wieder einzufuehren. (ba) (forts.)

1740

wiener gemeinderat (17):

schwerpunkte familie, gesundheit (forts.)

24 wien, 23.6. (rk) gr. dkfm. sigrun s c h l i c k (oevp) verwies darauf, dass das krankenhaus ein subsystem des gesundheits-systems sei. drei wesentliche fragen ergeben sich in diesem zusammenhang: die nach den einflussfaktoren auf die gesundheit, nach der effizienz des gesundheitssystems sowie die frage, warum die gesundheitspolitik heute mehr denn je am menschen vorbeigehe. der wichtigste einflussfaktor auf die gesundheit ist die umwelt, gefolgt vom persoentlichen verhalten, dem gesundheitssystem und der vererbung. der schwerpunkt des gesundheitssystems sollte auf die verhinderung von krankheiten gelegt werden. ein entscheidendes kriterium fuer die effizienz des gesundheitssystems ist die vermeidung der notwendigkeit, diese dienste in anspruch nehmen zu muessen. das gesundheitssystem kontrolliert sich heute mehr oder weniger selbst. man muesste in zunehmendem masse auf fremdkontrolle

./-

uebergehen, die beurteilung durch die patienten in die kontrolle einbauen. der eindeutige vorrang muss bei der vorbeugemedizin liegen. eine interdisziplinaere, geschaeftsgruppenuebergreifende vorgangsweise sei notwendig.

zu der von ihr gestellten fragen, warum die gesundheitspolitik heute mehr denn je am menschen vorbeigehe, erklarte dkfm. schlick, dass die verpflichtung, kranke angehoerige zu betreuen, heute einer oeffentlichen institution, dem krankenhaus, uebertragen sei. hier bestehen sogenannte hospitalismus-tendenzen, unter denen der "mensch nicht mensch sein kann". um dieser tendenz entgegenzuwirken, sei eine humanisierung des krankenhauses notwendig: mehr hilfe, mehr zeit, gespraechе mit den patienten, information. die gesundheitspolitik muss wieder bei den menschen ansetzen, forderte dkfm. schlick. die betriebswirtschaftliche analyse des krankenhauses sei wichtig, dazu muss aber die menschliche betrachtungsweise kommen. (ger) (forts.)

1812

wiener gemeinderat (18):

schwerpunkt familie, gesundheit (forts.)

25 wien, 23.6. (rk) gr. w i n d h a b (spoe) nahm zunaechst zu vorwuerfen von rednern der oppositionsparteien stellung. so sagte er, das essen in den krankenhaeusern werde laufend auch von gemeinderaeten ueberprueft. die qualitaet des essens sei, im gegensatz zur behauptung von gr. hirnschall, gut. zu den vorwuerfen von stadtrat kubiena (oevp), der sachaufwand in den spitaelern sei zu hoch und der personalaufwand zu niedrig, sagte windhab, neue geraete und medikamente - die sehr wirksam sind - seien eben teuer. in der zeit von 1975 bis 1979 ist die anzahl der schwestern in den wiener spitaelern um 12 prozent gestiegen, die zahl der schwesternschuelerinnen hat sich von 1972 bis 1979 fast vervierfacht.

./.

vehement wandte sich windhab gegen einen ausspruch von vize-buergermeister busek, der eine "vermenschlichung" der sozialen dienste gefordert hatte. windhab fragte, ob diese dienste jetzt unmenschlich seien? die menschen, die in den sozialen diensten arbeiten, seien doch aus ethischen und humanen gruenden in diesen berufen taetig. die spoe fordere nicht die ausschliesslichkeit der sozialen dienste der stadt, aber dort, wo sonst niemand helfe, muesse das system der sozialen hilfe eingreifen, wobei auch viel mit anderen institutionen zusammengearbeitet wird. besonders wies windhab darauf hin, dass seit 1979 in allen bezirken mobile schwestern taetig sind, die eine wertvolle ergaenzung der sozialen dienste bedeuten.

als weitere aktivitaeten im bestreben auch um psychische hilfe fuer aeltere menschen nannte windhab die landaufenthalte und die fahrten ins gruene fuer alte bewohner der innenbezirke.

mit 8,8 milliarden fuer das gesundheitswesen und 1,6 milliarden fuer das sozialwesen hat die stadt wien 20 prozent ihres budgets fuer dieses ressort ausgegeben, schloss windhab. damit hat wien einen integrierenden bestandteil zur gesamten sozialpolitik geleistet. (gab)

gr. e b e r h a r d t (oevp) kritisierte in seinem beitrag, dass - wie das kontrollamt festgestellt habe - garconnieren in personalwohnheimen bei spitaelern als gaestezimmer und zweitwohnungen fuer professoren sowie aerzte zweckentfremdet werden.

wie der redner betonte, sei eine aufstockung des pflegepersonals in den staedtischen spitalern dringend notwendig, da jedes jahr im sommer zahlreiche stationen wegen personalurlaubs gesperrt werden muessen, die bstehenden stationen dadurch ueberfuellt seien und das personal ueberfordert sei. qualifiziertes pflegepersonal muesse teilweise auch die arbeit des reinigungs-personals leisten.

probleme gebe es auch beim medizinisch-technischen personal der neurochirurgie der kinderlinik im neuen akh. hier muesse teils - ohne entsprechende abgeltung - in fensterlosen raeumen gearbeitet werden, auch fehle angeblich die betriebsbewilligung.

eberhardt forderte auch die erhoehung des personalstands sowie der zahl der rettungsaerzte und der einsatzfahrzeuge bei der rettung, da diese immer mehr beansprucht werden. in der rettungszentrale sei zwar die wartungshalle vorbildlich, viele andere ueberaltete einrichtungen muessten jedoch erneuert werden. schliesslich wandte sich der redner noch gegen die besetzungspolitik bei den primariaten in staedtischen spitaelern. (hs)
(forts.)

1818

wiener gemeinderat (10) :

schwerpunkt familie, gesundheit (schluss)

27 wien, 23.6. (rk) die wiener sind im grossen ausmass bereit, nachbarschaftshilfe zu leisten, erklarte gr. maria s z o e l l o e s i (spoe). mehr als die haelfte aller 65-jaehrigen, die hilfe brauchen, bekommen diese von den nachbarn oder bekannten. wo nachbarn keine hilfe leisten, greifen die verschiedenen massnahmen der stadt wien ein, die gerade in den letzten jahren ausgebaut wurden.

fuer die behindertenhilfe wurde 1979 viermal so viel ausgegeben als 1973. gerade von 'jugend am werk' wurde vorbildliches geleistet. (sei)

es sei erfreulich, dass die oevp-debattenbeitraege bis auf den 'dauerbrenner akh' nichts negatives zur gesundheitspolitik beinhalteten, stellte gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r fest. zu den einzelnen beitraegen sei folgendes zu sagen: die ma 17 habe zum akh zahlreiche planungsgespraechе gefuehrt, sie sei jedoch personell nicht imstande gewesen, dieses grosse projekt das 40 bis 60 fachleute beduerfe, zu bewaeltigen. die planungsphilosophie der ma 17 entspreche jedoch genau dem zielplan der krankenanstalten. dementsprechend wird die fuehrung des akh auch der stadt wien obliegen. zum thema patientenbefragung sei festzustellen, dass zwar noch vieles verbesserungswuerdig sei, dass aber die patienten heute weit zufriedener als vor fuenf jahren sind.

immer wieder werden von der oevp dinge verlangt, die bereits von der spoe verwirklicht wurden, wie beispielsweise die teilzeitbeschaeftigung in den spitaelern, oder die arbeitsgruppe zum drogenproblem und der drogenbeirat. in verschiedenen publikationen habe er, stacher, grundsaeetze einer sozialistischen gesundheitspolitik festgelegt, wie sie von der oevp im nachhinein verlangt werden. schwerpunkte sind unter anderem die humanisierung des krankenhauses und der arbeitswelt und eine verbesserte organisation des gesundheitswesens. bei neubesetzung von kliniken werde sorgfaeltig geprueft, wer sich am besten eigne. stadtrat stacher betonte, dass er mit der entwicklung des gesundheitswesens zufrieden sei. der rechnungsabschluss zeige, dass jene tendenzen, die im zielplan festgelegt sind, weiter verfolgt werden. (ba)

die beratungen wurden um 18.10 uhr unterbrochen und werden morgen, dienstag, den 24. juni, mit den schwerpunkten verkehr und dienstleistungen, kultur, erholung, umwelt, planen, bauen, wohnen und allgemeines, fortgesetzt. (schluss)

- ende des sitzungsberichtes -